

Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

von

Dr. Eberhard Sasse  
Präsident  
des  
Bayerischen Industrie- und Handelskammertags

anlässlich

der  
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz  
am 5. Februar 2019, 10:30 Uhr,  
IHK für München und Oberbayern,  
Besprechungsraum 1-021,  
Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stimmung der bayerischen Unternehmen ist immer noch überdurchschnittlich gut. Die Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage weiterhin sehr zufrieden.

Jedoch verliert die Konjunktur deutlich an Fahrt. Die export-orientierte bayerische Wirtschaft kann sich den politischen Unsicherheitsherden in Washington und London sowie der Wachstumseintrübung in China nicht länger entziehen. Die Unternehmen haben daher ihre Erwartungen für die kommenden zwölf Monate spürbar reduziert.

Angesichts der politischen Unsicherheiten und der schwächeren Wachstumsaussichten hinterfragen die Unternehmen auch ihre Investitionsentscheidungen. Das Wachstum ist damit kein Selbstläufer mehr.

Schwarzmalerei ist jedoch fehl am Platz. Die Ergebnisse deuten nicht auf einen konjunkturellen Einbruch hin, denn der Stellenaufbau geht weiter, die Arbeitslosigkeit bleibt niedrig und die Löhne werden weiter steigen. Zusammen mit den anhaltend niedrigen Zinsen wird dies die Nachfrage aus dem Inland stützen.

Ebenso wenig müssen wir uns um den Wohlstand in Bayern sorgen. Denn wie gut es den Unternehmen und Menschen

im Freistaat geht, ist keine ausschließliche Frage des Wachstums. Dieser Indikator ist wichtig, um die grundsätzliche Marschrichtung eines Standortes sichtbar zu machen. Unser Wohlstand ist hingegen das Ergebnis vieler unterschiedlicher Faktoren und beschränkt sich nicht nur auf volkswirtschaftliche Belange.

Was bedeuten die Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik?

Die bayerischen Unternehmen fordern von der Bundes- und Landesregierung, dass die Wirtschaftspolitik nun ganz nach oben auf die politische Agenda kommt. Die bayerische Wirtschaft fordert keineswegs kostenintensive konsumtive Ausgabenprogramme, vielmehr geht es darum, die Standortbedingungen gezielt zu verbessern.

Der Fachkräftemangel bleibt die Wachstumsbremse Nummer eins für die bayerische Wirtschaft. Um ihm zu begegnen müssen zuerst die inländischen Potenziale gehoben werden. Dazu muss die Politik zusätzliche Anreize schaffen, um Frauen und Ältere zur Erwerbstätigkeit zu motivieren. Zum anderen brauchen wir mehr Fachkräftezuwanderung. Die bayerischen IHKs begrüßen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Bundesregierung. Damit diese gesetzlichen Vereinfachungen auch wirken, müssen nach Inkrafttreten die neuen Zuzugsmöglichkeiten im Ausland bekannt gemacht und geeignete Strukturen für die Anwerbung ausländischer

Fachkräfte aufgebaut werden. Ergänzend dazu müssen die Integrationsangebote hierzulande verstärkt, berufsbegleitende Sprachangebote weiter ausgebaut und die Transparenz dieser Angebote erhöht werden. Nur mit einem solch breiten Ansatz wird das Fachkräfteeinwanderungsgesetz seine volle Wirkung entfalten können. Die bayerischen IHKs bieten sowohl der Bundes- als auch der Bayerischen Staatsregierung an, beim Aufbau dieser Strukturen mitzuwirken.

Neben dem Fachkräftemangel müssen die Standortbedingungen verbessert werden. Da die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung auf die erwähnten außenpolitischen Risiken – Handelskonflikte und Brexit – nur bedingt Einfluss haben, müssen sie sich umso stärker jener Themen annehmen, die in ihrem Regelungsbereich liegen: Dies ist der Abbau der zu hohen Regulierungsdichte sowie die Reduzierung der hohen Steuer- und Abgabenlast.

Die Regulierungsdichte hat ein Maß erreicht, das die unternehmerische Tätigkeit stark einschränkt. Hierunter leiden vor allem kleine Unternehmen. Sie verfügen weder über eigene Rechtsabteilungen noch über ausgewiesene Experten zur Interpretation aller Verordnungen oder Rechtsauslegungen der Gerichte. Die Gefahr, unwissentlich einen Gesetzesverstoß zu begehen, ist für sie besonders hoch. Wir fordern mehr Mut zu weniger Regulierung und mehr Vertrauen in

das Verantwortungsbewusstsein unserer kleinen und mittelgroßen Unternehmen.

Neben dem Abbau der Regulierungsdichte müssen die Verwaltungsverfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Die Einführung digitaler Verfahren in der Verwaltung (Stichwort E-Government) bietet eine gute Gelegenheit, bestehende Prozesse zu hinterfragen und auf die Belange der Unternehmen auszurichten. Einige Landkreise sind hier bereits vorbildlich unterwegs. Sie gehen bestimmte Leistungsversprechen ein, beispielsweise die Zusicherung, Baugenehmigungen innerhalb von 30 Tagen zu erteilen. Dies schafft Planbarkeit.

Verbesserungspotenzial sehen wir insbesondere in der Steuerverwaltung. Teilweise erhalten Unternehmen rechtskräftige Steuerbescheide erst nach 10 Jahren.

Ein wichtiges Ziel muss sein, dass Steuerprüfungen schneller abgeschlossen werden. Dies schafft Rechtssicherheit und ist die Voraussetzung, dass Aufbewahrungsfristen entsprechend verkürzt werden können.

Neben weniger Regulierung und schlankeren Verfahren muss sich Deutschland dem internationalen Steuerwettbewerb stellen. Die Steuerbelastung muss sowohl für Personen- als auch für Kapitalgesellschaften – rechtsform-

unabhängig – deutlich auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau abgesenkt werden. In vielen Staaten liegt das Besteuerungsniveau bereits bei unter 25 Prozent. Dieses Ziel muss ins Auge gefasst werden.

Als kurzfristige Maßnahme sollte der Solidaritätszuschlag ganz abgeschafft und beschleunigte Abschreibungsregeln, die sich am technologisch bedingten schnelleren Wertverzehr orientieren, eingeführt werden. Derartige Abschreibungsregelungen sind der beste Konjunktur- und Zukunftsstimulator, da sie das Investitionsverhalten unmittelbar beeinflussen.

Eine kurze Anmerkung zur Grundsteuerreform. Wir brauchen eine verfassungsgemäße, aufkommensneutrale und praktikable Neuregelung, die ohne weiteren Bürokratieaufbau umsetzbar ist. Dies funktioniert am besten mit dem einfachen Flächenmodell wie von der Bayerischen Staatsregierung vorgeschlagen. Mehrbelastungen der Wirtschaft darf es nicht geben. Was das Ende letzter Woche erreichte Zwischenergebnis von Bund und Ländern angeht, so ist zu bezweifeln, ob dies wirklich der Weisheit letzter Schluss ist.

Neben diesen Maßnahmen müssen wir in die Zukunft investieren. Dazu gehört der Ausbau des Mobilfunk- und Breitbandnetzes ebenso wie eine Modernisierung der

Verkehrsinfrastruktur. Zusätzlich müssen wir die Energieversorgung sicher und bezahlbar gestalten.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur Automobilindustrie. Die bayerische Autoindustrie ist nach wie vor ein wesentlicher Treiber für unseren Wohlstand. In der Branche wurden zweifelsohne Fehler gemacht, doch für den Wohlstand Bayerns ist es unabdingbar, dass die Zukunft der Mobilität in Bayern produziert und entwickelt wird. Statt politisch die Axt an diese Branche anzulegen, sollte vielmehr alles daran gesetzt werden, dass Bayern führend bei mobilitätsrelevanten Innovationen und Forschung bleibt.